

# M Ostdeutsche Morgenpost

Herausgeber: Verlagsanstalt Kirsch & Müller, Sp. z ogr. odp., Katowice,  
M. Marjacks 1, Tel. 483; P. K. O. Katowice, Verlagsanstalt Kirsch & Müller,  
Sp. z ogr. odp., Konto 301982.

Erste oberschlesische Morgenzeitung

Erscheint täglich, auch Montags (siebenmal in der Woche),  
Bezugspreis: 6.- Zloty

Anzeigenpreise: 10 gespaltene Millimeterzeile im polnischen Industrie-  
gebiet 20 Gr., anwärts 30 Gr., Amtliche und Helmitte-Anzeigen sowie  
Darlehns-Angebote von Nichtbanken 40 Gr., 4 gespaltene Millimeterzeile im  
Rek ameteil 120 Zl. bzw. 160 Zl. Gewährter Rabatt kommt bei gerichtlicher  
Beitreibung, Akkord oder Konkurs in Portfall. — Anzeigenschluß: abends 6 Uhr

Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, die nach Möglichkeit innegehalten werden, sowie für die Richtigkeit telefonisch aufgegebenen Inserate wird keine Gewähr übernommen; und kann die Bezahlung aus diesen Gründen nicht verweigert werden. — Streiks, Betriebsstörungen usw., hervorgerufen durch höhere Gewalt, begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugsgeldes oder Nachlieferung der Zeitung.

## Schleicher denkt nicht an Rücktritt

Sinnlose Gerüchte am Vorabend der Aeltestenrats-Sitzung

### Entscheidung bei Hindenburg

(Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion)

Berlin, 26. Januar. Am Vorabend der Aeltestenratsitzung ist von einer Klärung der Lage noch nicht die Rede. Betriebsamkeit herrscht in allen Lagern, aber es ist nicht zu erkennen, wie sie sich äußern wird, ob die Bemühungen um eine langfristige Vertagung Erfolg haben oder ob die Versuche, die Harburger Front aktionsfähig zu machen, dem Tag das Gepräge geben werden. Ueber die Verhandlungen zwischen Eugenbergs und Fried, die unter Teilnahme des Abgeordneten Schmidt, Hannover, und Dr. Schachts fortgesetzt worden sind, bewahren beide Parteien Stillschweigen. Es wird gerüchtweise sogar schon eine „Danzburger Ministerliste“ verbreitet. Danach soll Reichskanzler von Papen werden, Reichsinnenminister und Preußenkommissar Goerling, Reichswehrminister Joachim von Stülpnagel und Reichswirtschaftsminister und Reichsernährungsminister Eugenbergs. Außerdem soll Dr. Fried in das Kabinett eintreten.

In der Wilhelmstraße hält man diese Ministerliste nur für einen

#### Versuch, die Stimmung des Reichspräsidenten zu erkunden.

Was Hindenburg zu tun gedenkt, gehört zu den Rätseln des Tages. Es wird wohl erst geklärt werden, wenn der Reichskanzler ihm am Sonnabend Bericht erstattet.

Die im Laufe des Abends in Berlin verbreiteten Gerüchte werden bei der Regierung nur als Ausdruck der Nervosität betrachtet.

Reichskanzler von Schleicher, von dem einzelne der Gerüchte wissen wollten, er sei bereits zurückgetreten oder beabsichtige doch zurückzutreten, denkt nicht daran, sein Amt niederzulegen. Er wird vielmehr in der Sitzung des Aeltestenrats durch seinen Staatssekretär den Standpunkt vertreten lassen, daß er unbedingt auf einer Entscheidung bestehen müsse, und wird es dann dem Aeltestenrat überlassen, seine Entschlüsse auf Grund dieses Tatbestandes zu treffen.

Sobald diese Entschlüsse vorliegen, wird der Reichskanzler sich entweder noch Freitag nachmit-

tag oder Sonnabend vormittag zu dem Reichspräsidenten begeben, um die je nach der Haltung des Aeltestenrates notwendig werdenden Entscheidungen des Reichspräsidenten einzuholen.

Es scheint jetzt beinahe, als ob es einer Regierungsnachhilfe zum Zusammentritt des Reichstages nicht bedürfte, denn das Zentrum soll sich auch für die Einberufung auf Dienstag entschieden haben.

Wie der „Völkische Beobachter“ (Berliner Ausgabe) zur innerpolitischen Lage feststellt, beschäftigt die nationalsozialistische Reichstagsfraktion im Aeltestenrat keinerlei besondere oder neue Anträge einzubringen. Von einer abermaligen Vertagung des Reichstages bis zu dem Zeitpunkt, an dem das Kabinett den Haushaltsplan von 1933 vorgelegt hat, verspricht sich die Fraktion nichts mehr.

### „Minderheiten“ vor dem Auswärtigen Ausschuss

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 26. Januar. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages besprach am Donnerstag das politische Verhältnis Deutschlands zu Oesterreich und den Schutz der deutschen Minderheiten im Ausland, wobei die zur Zeit vor dem Völkerbunde anhängigen Beschwerden der deutschen Minderheiten in Polen über Schulfragen den Gegenstand besonders eingehender Aussprache bildete.

Von einem dänischen Fischerboot wurde die Leiche des mit dem Segelschiff „Niobe“ untergegangenen Seemanns Hans Petersen geborgen.



Direktor Wilhelm Wagner

von der Reich-Rundfunk-Gesellschaft, der als Nachfolger des ausgeschiedenen Rundfunkdirektors Prof. Knöpfke genannt wird.



Ermittlungsverfahren gegen den Direktor der Berliner Funk-Stunde.

Professor Friedrich Knöpfke, der bisherige Direktor der Berliner Funk-Stunde, steht unter dem Verdacht, Schmiegelber im Betrage von mehreren hunderttausend Mark angenommen zu haben. Er hält sich zur Zeit in der Schweiz auf.

### Erklärung des Reichskanzlers

## Deutschlands Ziel auf der Abrüstungskonferenz

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 26. Januar. In der Zeitschrift „Völkerbund“, die in Genf von der Deutschen Liga für Völkerbund herausgegeben wird, erscheint am 27. Januar nachstehende Kundgebung des Reichskanzlers von Schleicher über Deutschlands Ziel auf der Abrüstungskonferenz:

„Deutschlands Gleichberechtigung in der Wehrfrage ist durch die fünf-Mächte-Entscheidung vom 11. Dezember 1932 anerkannt worden. Wir kehren jetzt auf die Abrüstungskonferenz zurück, um zu erreichen, daß hier in kürzester Frist eine Abrüstungskonvention abgeschlossen wird, welche durch die Abrüstung der hochgerüsteten Staaten die allgemeine, für alle gleiche Sicherheit schafft. Deutschland hat einen Weg zu diesem Ziel durch seinen Abrüstungsplan vom 18. Februar gewiesen. Wir würden aber auch jede andere Abrüstungsmaßnahme unterstützen, welche den beschleunigten Abschluß einer Konvention ermöglicht, die unsere grundsätzlichen Forderungen erfüllt.“

Von der Art und Weise, wie die Konferenz die allgemeine Abrüstung durchführen wird, wird auch die Verwirklichung unserer Gleichberechtigung abhängen. Denn dieser Grundsatz verlangt, daß alle Ergebnisse der Konferenz uneingeschränkt auch für uns gelten. Zweierlei Recht für die Sieger und für die Besiegten des Weltkrieges darf es nicht mehr geben. Eine Konvention, die diesem Grundsatz nicht Rechnung trägt, würden wir niemals unterzeichnen.

Die Herstellung der allgemeinen Sicherheit durch allgemeine Abrüstung ist die Vorbedingung für die Wiederkehr des Vertrauens und für die Wiederkehr gesicherter politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse in der Welt. Die Konferenz trägt die schwere Verantwortung dafür, daß dieses Ziel schnell erreicht wird.“

## Preußischer Verbindungsmann zu Gerefe

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 26. Januar. Im Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger vom 26. Januar 1933 ist eine Verordnung für Durchführung der Arbeitsbeschaffung veröffentlicht. Die Verordnung enthält Vorschriften über die Vereinfachung und Beschleunigung durch landesrechtliche Verfahrensvorschriften bei der Aufnahme von Darlehen durch Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstige öffentlich-rechtliche Körperschaften. Sie beruht auf Vorschlägen der einzelnen Länder, die eine derartige Vereinfachung nicht aus eigenem Recht vornehmen konnten.

Für

Preußen

ist bestimmt, daß über die Aufnahme von Darlehen für Zwecke der Arbeitsbeschaffung in Provinzen (Bezirksverbänden), der Provinzialauschüsse (Landesausschüsse), im Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk der Verbandsauschüsse und in Landkreisen der Kreisauschüsse die Darlehnsaufnahme beschleunigt kann. Bei Landkreisen gilt dies nur dann, wenn der Kreisauschuss im Hinblick auf den Zeitpunkt der Inangriffnahme der im Wege der Arbeitsbeschaffung auszuführenden Arbeiten die Einberufung des Kreistages nicht für geboten hält.

Der Geheimen Regierungsrat Ministerialrat Dr. Kugler im Preussischen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit ist als preussischer Vertrauens- und Verbindungsmann beim Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung bestellt worden. Dadurch soll für Preußen und seine Gemeinden und Gemeindeverbände ein einheitliches Vorgehen auf dem Gebiete der Ar-

beitsbeschaffung gewährleistet werden. Die Fragen der Arbeitsbeschaffung sind von den preussischen Stellen mit allem Nachdruck in Angriff genommen worden um eine zweckmäßige und beschleunigte Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel zu erreichen.

### Die englisch-amerikanischen Schuldenberatungen

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 26. Januar. Der grundsätzliche Anknüpfung über die Ausdrücke Hoover-Rosevelt sind rasch die Daten gefolgt: England und die übrigen nicht jänischen Schuldner Amerikas, d. h. alle mit Ausnahme Frankreichs, Polens und Belgiens, sind in den letzten Tagen zu Verhandlungen in der Zeit nach dem 4. März eingeladen worden. Die Antwort Englands liegt bereits vor. Sie erklärt, daß bei den englisch-amerikanischen Besprechungen über Wirtschaftsfragen wohl ein Gedankenaustausch gepflogen, aber keinerlei Entscheidung getroffen werden könne, ehe die Weltwirtschaftskonferenz in Anwesenheit aller dazu eingeladenen Staaten zusammengetreten sei. England ist bestrebt, die lebenswichtigen Fragen, wie Goldwährung, Reichs-Vorzugszölle und dergleichen nicht unter dem Druck rein finanzieller Erwägungen entscheiden zu müssen. Bei den englisch-amerikanischen Verhandlungen wäre eine bindende Festlegung Englands auf vielleicht beträchtliche Zugeständnisse an Amerika zu erwarten, während die Ergebnisse einer allgemeinen Konferenz meist so verflansuliert sind, daß sie den





















